STADT AHRENSBURG

Behindertenbeirat

Vorsitzender:

Gerhard Bartel
Bahnhofstr. 12 | 22926 Ahrensburg

Fon: 04102 / 20 50 07

Mail: gb-bureau@alice.de

Ahrensburg, den 4.4.2017

Antrag: **Wir wollen eine Stadt des Miteinanders**

Aktionsplan der Stadt Ahrensburg zur Umsetzung der
UN-Behindertenrechtskonvention

Der Sozialausschuss / die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt bis Ende 2018 einen kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu erarbeiten. Analog zum Landesaktionsplan sollte der Plan einen Maßnahmenkatalog mit folgenden Handlungsfeldern beinhalten:

1. Bewusstseinsbildung
2. Bildung
3. Arbeit und Beschäftigung
4. Unabhängige Lebensführung, Bauen und Wohnen
5. Kultur, Sport und Freizeit
6. Gesundheit und Pflege
7. Schutz der Persönlichkeitsrechte
8. Partizipation und Interessenvertretung
9. Mobilität und Barrierefreiheit
10. Barrierefreie Kommunikation und Information

Begründung:

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) ist ein wichtiger Meilenstein – nicht nur für Behinderte, sondern für die gesamte Gesellschaft. Die Konvention konkretisiert die universellen Menschenrechte für Menschen mit Behinderungen und stellt klar, dass sie ein uneingeschränktes und selbstverständliches Recht auf Teilhabe besitzen. Das Leitbild ist „Inklusion“. Der oder die Einzelne soll sich nicht anpassen müssen, um teilhaben zu können. Vielmehr soll sich unsere Gesellschaft öffnen: Vielfalt ihr selbstverständliches Leitbild werden und ihre Grundhaltung, dass jede und jeder Einzelne wertvoll ist mit ihren/seinen jeweiligen Fähigkeiten und Voraussetzungen.

In Deutschland ist die Konvention im März 2009 in Kraft getreten. Im September 2011 hat die Bundesregierung ihren nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Konvention veröffentlicht, in dem sie nicht nur die Herausforderungen und Vorhaben des Bundes beschreibt, sondern auch bei den Ländern und Kommunen dafür wirbt, eigene Aktionspläne zu erstellen sowie Anlaufstellen zur Vernetzung (sog. „Focal Points“) einzurichten.

Auch in Schleswig-Holstein gibt es seit Januar 2017 einen Landesaktionsplan „Wir wollen ein Land des Miteinanders“. Damit ist der Grund entfallen, mit dem der Sozialausschuss im vergangenen Jahr einen ähnlichen Antrag zurück gestellt hat.

Der Landesaktionsplan im Internet:

www.schleswig-holstein.de/aktionsplan